Nummer 41 | Stuttgart, 7. Oktober 1916 | 34. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Röteſtraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland nach dem Kriege

Bei der Beantwortung der unzweifelhaft sehr wichtigen Frage, wie sich unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Beendigung des Krieges vermutlich gestalten werden, kommt es im wesentlichen darauf an, wie man über die Gestaltung unserer gesamten wirtschaftlichen Lage denkt. Bekommen wir nach dem Kriege eine günstige Geschäftslage, so wird dies natürlich auf die Daseinsbedingungen der deutschen Arbeiterklasse günstig einwirken, wird die Geschäftslage schlecht oder tritt gar eine Wirtschaftskrise ein, so werden selbstverständlich auch die Arbeiter und Arbeiterinnen darunter zu leiden haben. Es kann ihnen deshalb keineswegs gleichgültig sein, wie der Weltkrieg für Deutschland ausläuft und unter welchen Verhältnissen wir Frieden schließen, weil hiervon unsere Daseinsmöglichkeiten abhängen.

Im allgemeinen herrscht bei uns die Meinung vor, daß wir nach Friedensschluß einer außerordentlich günstigen Wirtschaftslage entgegengehen. Man glaubt, daß die Wunden, die der Krieg unserem Wirtschaftsleben geschlagen hat, nach kurzer Zeit vernarbt sein werden. Es werde verhältnismäßig leicht sein, die gegenwärtige geschlossene und auf sich allein gestellte deutsche Kriegswirtschaft in eine auf dem Weltverkehr beruhende Friedenswirtschaft überzuleiten und die geschäftlichen Beziehungen mit den andern Staaten wieder aufzunehmen. Dann werde, wie nach jedem Kriege, eine Fülle von wirtschaftlichen Aufgaben an uns herantreten, weil es gelte, alle die Güter wieder zu erzeugen, die durch den Krieg abgenutzt, verbraucht und vernichtet sind. Eine Fülle von Arbeitsgelegenheit und Verdienst für die Arbeiterschaft und ein reichlicher Gewinn für das Unternehmertum werde die Folge dieser Gestaltung der Dinge sein.

Wenn man nach den Gründen fragt, auf die sich diese hoffnungsvolle Auffassung stützt, so hapert es hiermit bedenklich. Es sind wohl mehr Wünsche und Hoffnungen, als Tatsachen, die aus dieser günstigen Beurteilung unserer künftigen Wirtschaftslage sprechen, und da nach dem Sprichwort man das, was man wünscht und hofft, gern glaubt, so schwebt diese Hoffnungsseligkeit doch ganz bedenklich in der Luft. Es kann nämlich auch ganz anders kommen, als man denkt, und in der Tat mehren sich die Stimmen unter den Wirtschaftspolitikern, die sehr düster in die Zukunft blicken. Wie es aber auch kommen mag, die deutsche Arbeiterklasse wird gezwungen sein, den Kampf ums Dasein unter wesentlich erschwerten Bedingungen zu führen. Es kann für uns, wenn wir das Für und Wider nüchtern gegen einander abwägen, keinem Zweifel unterliegen, daß sich nach dem Kriege die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland nicht verbessern, sondern eher verschlechtern werden, falls es der organisierten Arbeiterklasse nicht gelingt, den niederdrückenden Bestrebungen wirksam entgegenzutreten. Ohne in den Fehler einer hoffnungslosen Schwarzmalerei zu verfallen, wollen wir die Gründe für unsere Auffassung kurz darlegen.

Offenbar werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb eines Volkes durch zwei Dinge bestimmt: durch die Zahl und die Eigenschaft der Arbeitskräfte, die auf dem Arbeitsmarkte vorhanden sind, und durch die Masse des Kapitals, das Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Sind verhältnismäßig nicht zu zahlreiche, aber gut geeignete Arbeitskräfte vorhanden bei einer reichlich gegebenen Beschäftigungsmöglichkeit, so gestalten sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig, ist das Gegenteil der Fall, so entstehen ungünstige Verhältnisse. Dies trifft für die einzelnen Erwerbszweige wie für die Gesamtheit der erwerbstätigen Personen zu.

Was die Menge der nach dem Kriege zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte betrifft, so wird sich die Zahl der männlichen Personen allerdings bedeutend vermindert haben. Dafür sind aber die weiblichen Arbeitskräfte scharenweise ins Erwerbsleben eingedrungen. Von allen Berufszweigen haben haben sie Besitz ergriffen und sie haben selbst vor jenen nicht Halt gemacht, die bislang als ein unbestrittenes Feld der Männer galten. Das wäre auch an und für sich nicht schlimm, aber es ist sicher, daß sie auch nach dem Kriege nicht ohne Erfolg versuchen werden, die Arbeitsplätze zu behaupten, die sie während des Krieges erobert haben. Teils haben sie sich in die Arbeit hineingewöhnt, teils werden sie durch die wirtschaftliche Not zur Erwerbsarbeit direkt gezwungen. Man denke nur an die zahlreichen Frauen und Mütter, die ihre Ernährer verloren haben und einen Zuschuß zu der knappen Rente verdienen müssen, sowie an die nicht minder zahlreichen Mädchen, denen wegen des Mangels an heiratsfähigen Männern der Weg zur Ehe und zur Gründung eines eigenen Hauswesens versperrt ist. So wird denn der Zustand, der aus der Not der schweren Kriegszeit geboren worden ist, in der künftigen Friedenszeit zu einer dauernden Einrichtung werden. Die Unternehmer werden diese Entwicklung natürlich mit Freuden fördern, weil sie in den billigen und willigen Arbeiterinnen ein willkommenes Mittel sehen, ihre Erzeugungsbedingungen zu verbessern und die Ansprüche der Arbeiter zu dämpfen. Eines Beweises für diese Behauptung bedarf es wohl nicht.

In bezug auf die Eigenschaft der Arbeitskräfte ist zweifellos eine bedeutende Verschlechterung eingetreten. Die Zahl der aus dem Felde heimkehrenden Kriegsbeschädigten mit verminderter Arbeits- und Leistungsfähigkeit wird das Niveau der gesamten Arbeiterschaft herabdrücken und auf die Lohnhöhe ungünstig einwirken. Der Lohn wird nun einmal durch die Leistung mitbestimmt, und es besteht keine Möglichkeit, ihn künstlich hochzuhalten, wenn die Leistung sinkt. Wenigstens auf die Dauer ist dies unmöglich. Schon heute beobachten wir das Bestreben des Unternehmertums, die Löhne der Kriegsbeschädigten der verminderten Leistungsfähigkeit anzupassen und die Kriegsrente als Ausgleich für den Lohnausfall zu benützen. Was heute vielleicht noch eine Ausnahme ist, das wird zur Regel werden, wenn die vaterländische Begeisterung einer nüchternen Berechnung gewichen ist. Auch die Leistungsfähigkeit der weiblichen Arbeitskräfte ist eine niedrigere, weil bei den meisten von einer gründlichen Vor- und Ausbildung keine Rede sein kann, und wie es mit der gewerblichen Befähigung unseres proletarischen Nachwuchses bestellt ist, ist jedem Sachkenner bekannt.

Die durch den Krieg herbeigeführte Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse in bezug auf Arbeiterzahl und Befähigung der Arbeiter wird noch verschlimmert durch eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die Unternehmertätigkeit des Kapitals noch auf Jahre hinaus wesentlich eingeschränkt werden. Nicht als ob es an einer Unternehmungslust mangelte; die wird ohne Zweifel vorhanden sein, aber es wird an der Möglichkeit fehlen, diesen kapitalistischen Drang zu betätigen. Zunächst werden die Arbeiten für den Kriegsbedarf, für den Bedarf des Landheeres und der Marine wesentlich geringer sein. Sodann wird das Geld für gewerbliche und industrielle Unternehmungen knapp werden und nur gegen hohe Zinsen zu haben sein, wozu die Kriegsanleihen beitragen. Die Knappheit auf dem Geldmarkt wird ergänzt durch die Knappheit auf dem Warenmarkte. Es wird vielfach an Rohstoffen mangeln, die wir früher aus dem Auslande bezogen haben, der innere Markt wird nicht mehr so viel Waren aufnehmen können, weil die Kaufkraft der Massen sinkt, und auf dem Auslandsmarkte wird es schwer halten, die überschüssigen Waren abzusetzen, weil sich das Ausland vielfach ablehnend verhalten wird. Die hieraus entspringenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden natürlich auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland äußerst ungünstig einwirken.

Hinzu kommt noch, daß auch die Kaufkraft des Geldes sinken wird. Sollte auch der Geldlohn seine frühere Höhe behalten, so wird doch der Reallohn sinken. Es erscheint völlig ausgeschlossen, daß die Lebensmittelpreise auf den früheren Stand zurückgehen werden. Jeder Volkswirtschaftler weiß, daß die Warenpreise leicht und schnell steigen, daß sie aber nur schwer und langsam wieder heruntergehen. Außerdem werden die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, sie mögen wollen oder nicht, auch von den ungeheuren Kriegslasten ihr vollgerütteltes Maß zu tragen haben. Dies wird in hohen Steuern und Zöllen und in einer Verteuerung der gesamten Lebenshaltung zum Ausdruck kommen. Das Endergebnis unserer wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Kriege wird also sein ein Herabdrücken der Lohn- und Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung der Unterhaltskosten — sicherlich ein tieftrauriger Ausblick in die Zukunft.

Glücklicherweise ist die deutsche Arbeiterklasse diesen Verhältnissen nicht widerstandslos ausgeliefert, es stehen ihr vielmehr Mittel und Wege zur Verfügung, um einen Ausgleich zu schaffen und trotz der großen Schwierigkeiten den Aufstieg, in dem sie sich vor dem Kriege befand, auch nach dem Kriege fortzusetzen.

In allererster Linie sind natürlich die Gewerkschaften als die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse berufen, gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Schutzwälle aufzuwerfen, indem sie alles das beseitigen, was diese Verschlechterung verursacht. Zunächst müssen sie mit allen Kräften darauf hinarbeiten, daß die Frauenarbeit ihrer Eigenschaften als Schmutzkonkurrenz entkleidet wird. Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung, ob es sich um männliche oder weibliche Arbeitskräfte handelt, ist eine gewerkschaftliche Forderung ersten Ranges. Um sie durchzusetzen bedarf es natürlich einer eifrigen, andauernden Agitations- und Organisationsarbeit unter den Frauen und Mädchen. Sodann müssen sich die Gewerkschaften dagegen wehren, daß die Rente der Kriegsbeschädigten auf den Lohn angerechnet wird. Hierbei sind sie auf die Hilfe der Staatsgewalt und auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung angewiesen. Endlich ist es auch eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, auf eine Wertverbesserung der Arbeitskräfte und damit auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit hinzuwirken, indem sie auf die Vor- und Ausbildung des Nachwuchses mehr als bisher Gewicht legen.

Um das Sinken des Reallohns und damit eine Verteuerung der Lebenshaltung zu verhindern, ist es notwendig, daß der politische Einfluß der deutschen Arbeiterklasse gestärkt wird. Hier spielt die Steuer- und Zollpolitik eine ausschlaggebende Rolle. Bei der Verteilung der Kriegslasten und bei der Einführung der Zölle muß der Grundsatz so weit wie möglich durchgeführt werden, daß die schwächeren Schultern geschont und daß die bessergestellten Volksschichten schärfer herangezogen werden. Dies Ziel kann natürlich nicht erreicht werden durch eine Enthaltungspolitik, indem man sich in den Schmollwinkel stellt und nicht mitmacht, so daß die andern allein die Sache beichseln. Auch die Konsumgenossenschaften sind ein geeignetes Mittel, die Kaufkraft des Geldes zu steigern und dadurch den Reallohn zu heben. Die Ausschaltung des schmarotzerhaften Zwischenhandels und die planmäßige Regelung der Warenverteilung hat bekanntlich ein Herabsetzen der Preise für die notwendigen Lebensmittel zur Folge und gewährt dem Arbeiter die Möglichkeit, für den gleichen Geldlohn mehr Gebrauchsgüter zu kaufen. In der gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Arbeiterbewegung besitzt das deutsche Proletariat drei gute Waffen im Kampfe gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Selbstverständlich dürfen diese Waffen nicht gegeneinander gekehrt werden, vielmehr müssen diese Bewegungen Hand in Hand arbeiten und sich gegenseitig ergänzen. Es wäre der verhängnisvollste Fehler, wollte man diese Wahrheit außer acht lassen und durch gegenseitige Reibereien die Stoßkraft und die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterbewegung schwächen. Wir müssen unsere Kräfte zusammenhalten und aufs äußerste anspannen, um der Schwierigkeiten der Lage Herr zu werden, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Einheit und Einigkeit der Arbeiterschaft sind deshalb mehr als je ein zwingendes Gebot. Nur wenn wir danach handeln, werden wir die uns bevorstehenden Kämpfe erfolgreich bestehen.

Brutus.

Ausländerfrage und Gewerkschaften

Darüber gibt die Bremer Bürger-Zeitung folgende sachlich gehaltene Uebersicht:

Die Frage der Zuwanderung ausländischer Arbeiter nach dem Kriege findet in der Presse und den Arbeiterorganisationen des In- und Auslandes in steigendem Maße Beachtung. Diese Frage war bekanntlich Gegenstand der Beratungen der Pariser Konferenz der französischen, belgischen und italienischen Gewerkschaftsvertreter im verflossenen Frühjahr und hat auch den französischen Gewerkschaftsbund zur Ausarbeitung bestimmter Leitsätze zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der zugewanderten Arbeiter und zum Schutze ihres Koalitionsrechts veranlaßt. Eine Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften zu dieser Frage liegt eigentlich noch nicht vor. Bloß im Grundstein, dem Organ des Bauarbeiterverbandes, ist dieses Problem in zwei Artikeln behandelt worden, die namentlich in der italienischen Arbeiterpresse lebhafte Beachtung gefunden haben. Daß die Diskussion über die Ausländerfrage gerade hier eingesetzt hat, erklärt sich wohl daraus, daß nach der Berufsstatistik von 1907 14 Hundertstel der Arbeiter im deutschen Baugewerbe Ausländer waren, von denen wiederum der überwiegende Teil auf italienische Zuwanderer entfiel. Ein näheres Eingehen auf diese Diskussion hat deshalb neben theoretischem Interesse auch eine eminent praktische Bedeutung.

Den Anlaß für die Diskussion geben, wie gesagt, zwei Artikel, die vor längerer Zeit im Grundstein erschienen, und zwar vor allem eine Einsendung aus Mitgliederkreisen, die die Redaktion an leitender Stelle abdruckte, ohne sich aber mit allen Ausführungen des Verfassers einverstanden zu erklären. Die Br. Bürger-Zeitung hatte am 18. Mai d. J. an dieser Stelle den Gedankengang jener Artikel kurz skizziert und bekämpft. Wir rufen ihn unsern Lesern im folgenden wieder in Erinnerung. Der Verfasser will von der bisherigen laxen Auffassung der Ausländerfragen in den deutschen Gewerkschaften nichts wissen. Es sei höchste Zeit, eher zu spät als zu früh, daß die deutschen Arbeiter gegen die Masseneinwanderung ausländischer Arbeitskräfte Front machen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkte die Arbeitslöhne herabdrücken und die sonstigen Arbeitsbedingungen verschlechtern, aber für die gewerkschaftlichen Bestrebungen der deutschen Arbeiter nicht zu gewinnen seien. Die Theorien der Ueber-Internationalisten dürften uns nicht mehr abhalten, die eigenen Interessen gebührend zu vertreten. Dann fährt er fort:

„Kommen wir zum Ende. Die deutschen Gewerkschaften müssen ihre seitherige Haltung in der Ausländerfrage von Grund aus ändern. Sie müssen einmal ihren Einfluß bei der Regierung geltend machen zur Erreichung von gesetzgeberischen Maßnahmen, die die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte so regeln, daß den Einheimischen kein Schaden erwächst. Sodann müssen die Tarifverträge zur Lösung der schwierigen Frage herangezogen werden, indem in ihnen das selbstverständliche Recht der deutschen Arbeiterschaft auf Bevorzugung bei Besetzung der Arbeitsplätze festgelegt wird. Und endlich müssen die deutschen Gewerkschaften dazu übergehen, der Ausländerfrage, oder besser gesagt, -Plage, ohne die herkömmliche Sentimentalität gegenüberzutreten. Wir wollen in Zukunft jeden Ausländer, der mit dem Verbandsbuch seiner heimatlichen Organisation zu uns kommt so wie bisher mit offenen Armen aufnehmen. Aber die unorganisierte Masse der Ausländer wollen wir als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist, als Gegner, denen wir überall und bei jeder Gelegenheit rücksichtslos entgegentreten wollen. Wir werden damit nur das tun, was in anderen Ländern: in England, Frankreich und Amerika, schon lange von den Gewerkschaften geübt worden ist.“

Zu diesen Ausführungen bemerkte das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 20 vom 13. Mai 1916):

„Gleich der Redaktion des Grundstein können wir uns nicht mit jedem Wort des Verfassers einverstanden erklären, aber die Grundtendenz seiner Ausführungen ist jedenfalls der Beachtung wert.“

In Nr. 116 der Br. Bürger-Zeitung vom 18. Mai d. J. kritisierten wir die im Grundstein vertretenen Vorschläge mit folgenden Worten.

„Zweifellos hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter der Zuwanderung ausländischer unorganisierter Arbeiter schwer zu leiden gehabt, und das wird leider auch nach dem Kriege noch so sein. Nichtsdestoweniger geht der Einsender mit seinen Vorschlägen viel zu weit. Die zuwandernden, der Arbeiterbewegung gleichgültig gegenüberstehenden Proletarier ohne weiteres als Gegner zu behandeln — ein solches Verhalten der deutschen Arbeiter würde nun keineswegs den Zuzug jener zurückgebliebenen Proletarierschichten selbst verhindern, sondern lediglich deren Befreundung mit der Gewerkschaftsbewegung arg erschweren, wenn nicht ganz unmöglich machen. Und das wäre doch im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung tief zu beklagen. Wenn der Verfasser zur Begründung seines Vorschlages auf das Verhalten französischer, englischer und amerikanischer Gewerkschaften ausländischen Arbeitern gegenüber hinweist, so ist zu erinnern, daß es noch nie als mustergültig und nachahmenswert von der deutschen Arbeiterbewegung empfunden worden ist. Und wir möchten, daß sich hierin die Anschauungen nicht wandelten. Der einzig richtige Weg ist, die zuwandernden ausländischen Arbeiter den Organisationen zuzuführen, und das dünkt uns nach wie vor am besten durch fortgesetzte, nimmer ermüdende Aufklärungsarbeit erreicht zu werden. Man darf nie vergessen, daß indifferente Arbeiter doch noch keine bewußten Gegner der Arbeiterbewegung sind. Ihnen ‚rücksichtslos entgegenzutreten‘, wie etwa gewerbsmäßigen Streikbrechern und ähnlichem Gelichter, wäre doch ganz und gar verfehlt.“

Das Organ der italienischen Confederazione generale del Lavoro schrieb über den Grundstein-Artikel:

„Es ist der Grundstein, der so spricht, das heißt die Gewerkschaft der Bauarbeiter, die die meisten Beziehungen zu unseren Arbeitern hat. Und während die Franzosen, ob sie nun Zimmerwälder sind oder nicht, einstimmig die Beseitigung aller gesetzlichen Einschränkungen der Freizügigkeit und die Gleichstellung der fremden mit den einheimischen Arbeitern verlangen, fordern die Deutschen vom Staate den weitgehendsten Schutz und stellen denen, die sich ihrer Disziplin nicht unterwerfen wollen, kräftige Schläge in Aussicht. Es ist gut, sich dies für alle künftigen Unterhandlungen zu merken.“

Zu diesem Pronunziamento des Monitore nahm im Avanti vom 20. Juni der Chefredakteur Genosse Serrati das Wort. Auch er fand es peinlich, daß der Grundstein nach staatlichen Schutzmaßnahmen ruft, er wendet sich aber bei dieser Gelegenheit auch gegen Rigola, den Generalsekretär der italienischen Gewerkschaftszentrale, der zusammen mit Quaglio und dem Abg. Cabini an der Pariser Gewerkschaftskonferenz teilgenommen hatte. Sollte — so führt er aus — die erregte Antwort auf den Artikel des Grundstein nur die Verteidigung eines Nationalismus gegen einen anderen sein, so wäre das nicht die Art, den sozialistischen Prinzipien Treue zu halten und die Interessen der Auswanderer zu vertreten. Nach dem Kriege wird die Arbeit der internationalen Erziehung der Arbeiter mit neuer Energie wieder aufgenommen werden müssen, dazu aber werde es nötig sein, gegenüber allen nationalistischen Gewerkschaftlern die völlige Unabhängigkeit zu wahren und „daher wollen wir uns sowohl von Berlin wie von Paris fernhalten".

Diesen Ausführungen Serratis trat Rigola im Avanti vom 29. Juni entgegen. Er zitierte zunächst die Aeußerungen des schweizerischen Gewerkschaftsorgans über den Grundstein-Artikel: Der Ruf nach gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Einwanderung von ausländischen Arbeitern sei reaktionär, einseitig und kurzsichtig; denn die Regierungen der anderen Länder würden mit den gleichen Maßnahmen auch gegen die Einwanderung von deutschen Arbeitern antworten. Die Maßnahmen würden so zweischneidige Schwerter sein, die auch die deutschen Arbeiter verwunden würden. Der Artikelschreiber vergesse auch, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege die ausländischen Arbeiter reichlich Ursache hatten, mit den deutschen Arbeitern unzufrieden zu sein; denn deutsche Arbeiter waren es, die als organisierte Streikbrecherkolonnen in allen Ländern erschienen, wo einheimische Arbeiter im Kampfe mit dem Unternehmertum standen und sie um ihre Erfolge brachten. Gewiß waren die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands damit nicht einverstanden, ja sie litten selbst schwer darunter; aber die Tatsache der organisierten deutschen Streikbrecherkolonnen in allen Ländern werde dadurch nicht beseitigt. Uebrigens sei die Forderung staatlicher Maßnahmen utopisch. Keine Klassenregierung opfere die Unternehmerinteressen denen des Proletariats. Und dann fuhr Rigola fort: Soll den Italienern ein Protest verwehrt sein, der den Schweizern erlaubt ist? Nicht die Forderung der Schutzmaßnahmen sei es, die am Grundstein-Artikel in Erstaunen setze, sondern der vornehm geringschätzige Ton dieses Blattes, zumal, da es in einem Lande erscheine, an dem der Makel des Streikbrechertums klebe, und dessen Haltung so wenig in Einklang stehe mit den internationalen Prinzipien.

In seiner Erwiderung auf diese Ausführungen Rigolas fragte Serrati (Avanti vom 24. Juni): Wenn Rigola der Ansicht sei, daß keine Klassenregierung die Interessen der Unternehmer denen des Proletariats opfere und nach dem Kriege kein anderes Mittel gegen das Streikbrechertum der Einwanderer übrig bleibe als Propaganda und Organisation, warum habe er, Rigola, zusammen mit Jouhaux und Appleton gegen Merrheim und Bourderon die Klassenregierungen Frankreichs und Englands zu gesetzgeberischen Maßnahmen zugunsten der Auswanderer aufgefordert?

Noch einmal ergriff Rigola zu einer Erwiderung das Wort. Er wünsche zwar, daß die Auswanderung nach dem Kriege ganz aufhöre, doch glaube er, daß besonders in Frankreich als dem Schauplatz der kriegerischen Ereignisse die Bautätigkeit nach dem Kriege sehr zunehmen werde, daher müßte daran gedacht werden, wie die Interessen der Bauarbeiter zu schützen seien. Seine Zustimmung zur Zimmerwalder Resolution bedeute nicht den Verzicht, auch weiter mit solchen Arbeiterorganisationen zu verhandeln, die am Burgfrieden teilgenommen hätten. Er habe den Grundstein zitiert, weil der gereizte Ton der Zeitschrift ihm charakteristisch erschienen wäre. Er selbst wisse sehr wohl zwischen den regierenden Klassen in Deutschland und dem deutschen Proletariat zu unterscheiden und könnte beweisen, daß er stets bemüht gewesen sei, auch den Deutschen gegenüber strengste Unparteilichkeit zu wahren. Der Grundstein scheine sagen zu wollen, das Prinzip der Organisation allein genüge nicht mehr, daher seien Maßnahmen nötig, die das Schweizer Organ als reaktionär, einseitig und kurzsichtig bezeichne. Trotzdem habe er gesagt: Wenn sich auch der Grundstein auf den Boden des Nationalismus stelle, so hoffe er, Rigola, doch immer noch, daß es einmal möglich sein werde, die Internationale zu rekonstruieren. In Paris sei erklärt worden, wenn die direkte gewerkschaftliche Aktion allein unzureichend sei, die Unternehmer an der Einführung fremder Streikbrecher zu hindern, so müsse die Einsetzung eines Kontrollorgans durch den Staat gefordert werden, das paritätisch aus Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzt ist und die Einwanderung überwacht. Zugleich wurde die gewerkschaftliche und juristische Gleichberechtigung der Ausländer verlangt, damit diese nicht in Gefahr kämen, wegen Beteiligung an den Organisationen und der Agitation ausgewiesen zu werden. Wolle der Grundstein etwas Aehnliches — nun wohl — so wäre er bereit, ihn zu unterstützen.

In einem weiteren Artikel erklärt dann noch Rigola: Der Krieg habe ihn nicht in seinem Gefühl internationaler Solidarität beirrt. Die italienischen Arbeiter hätten stets jede Hilfe, von welcher Seite sie käme, dankbar angenommen, und das werde auch ferner so sein. In Italien sei lange Zeit hindurch das Streikbrechertum durch Gewaltmittel und durch einen oft grausamen und unbarmherzigen Boykott bekämpft worden. Dagegen sei es das deutsche Prinzip gewesen, dem Streikbrecher nichts zu leide zu tun, sondern ihn entweder zu isolieren oder ihn zu bessern und zu belehren. Die Italiener hätten sich vor diesem Kriege diese Methoden zu eigen gemacht, in den wichtigsten Auswanderungszentren eine intensive Propaganda entfaltet, und das gleiche hätten die französischen Genossen getan. So wurde schließlich erreicht, daß die Mitglieder der Baugewerkschaft bei ihrer Einwanderung in andere Länder ohne Obligo einer Einschreibgebühr in die dortigen Gewerkschaften aufgenommen wurden; hätte der Krieg diese friedliche Arbeit nicht unterbrochen, so wären solche Vereinbarungen auch mit anderen Ländern, z. B. mit Nordamerika, zustande gekommen. Die einzige, einzige Gewerkschaft, die alle Nationen umfaßt, — diese große Idee ist nun nach Ansicht des Grundstein gescheitert, und die deutschen Gewerkschaften kündigen jetzt an, daß sie ihr Verhalten und ihre Taktik grundsätzlich ändern wollen. — Damit schließt die Diskussion, soweit sie auf die Auswandererfrage Bezug hat.

Als interessantes Schlußwort zu dieser Auseinandersetzung bringt der Avanti am 5. Juli noch einen Artikel der Genossin Angelica Balabanoff. Nach einer Bemerkung, daß sie sich bereits lange vor dem Kriege die Ungnade der deutschen Gewerkschaftsmehrheit zugezogen hätte, erklärt sie, sie halte die protektionistischen Theorien des Grundstein für ebenso verderblich, wie das Schweizer Bruderorgan. Jene deutschen Sozialisten, die in Deutschland, wie in andern Ländern „unpatriotisch" und „utopisch" genannt würden, bekämpften alle derartigen Versuche, die Einwanderung zu unterbinden, und zwar nicht nur aus praktischen, sondern aus prinzipiellen Gründen. Sie erinnere sich, daß z. B. auf dem Stuttgarter Kongreß ein noch entschiedenerer Protektionismus von den Amerikanern, wie z. B. Hunter, und von den Australiern befürwortet, von den Deutschen dagegen bekämpft wurde. Die Haltung des Grundstein sei namentlich im gegenwärtigen Moment, wo der Krieg eine so mächtige Schranke zwischen den Arbeitern aller Länder aufgerichtet hat, besonders unverzeihlich. So könnte es zwischen den Anhängern Zimmerwalds und der deutschen Gewerkschaftsmehrheit nur einen strikten Gegensatz — theoretisch wie praktisch — geben, denn die Zimmerwälder verwerfen jeden neonationalistischen Opportunismus. Wenn jedoch der Grundstein diese Haltung einnehme, so sei dies noch lange kein Grund, mit der Bataille zu paktieren, die den französischen Zimmerwäldern ebenso fernsteht, wie der Grundstein den deutschen. — (Schluß folgt.)

Dem englischen Gewerkschaftskongreß

über den wir in Nr. 39 (Seite 164) kurz berichteten, widmet der Berliner Vorwärts in Nr. 265 vom 26. September 1916 u. a. folgende kritische Bemerkungen:

„Niemals jedoch ist der Gegensatz zwischen früher und jetzt so scharf zutage getreten als auf dem letzten Gewerkschaftskongreß zu Birmingham vom 4. bis 10. September. Die Mitgliederzahl ist kräftig angewachsen, sie ist auf 2 847 547 gestiegen gegen 2 677 357 im Vorjahre, aber dies äußere Wachstum bedeutet keineswegs eine Zunahme an innerer Kraft und an politischer Bedeutung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Regierung durch vier Mitglieder vertreten war, und daß der Lord Mayor von Birmingham, Mr. Neville Chamberlain, zu Beginn des Kongresses nicht die üblichen Phrasen sprach, sondern eine tiefer eindringende Rede über die Probleme hielt, die nach dem Kriege gelöst werden müssen. Soweit es sich aus der kurzen Wiedergabe seiner Ansprache in der englischen Presse ersehen läßt, scheint er in bezug auf die Wirkung einer etwa einsetzenden Schutzzollperiode weniger optimistisch und — weniger oberflächlich gewesen zu sein als die Delegierten der Arbeiter.

Die Eröffnungsrede des Präsidenten H. Gosling gab ein gutes Spiegelbild von der ganzen Stimmung des Kongresses, von seinen Wünschen und der Art, wie man sie zu verwirklichen hofft. Nach einer kurzen Einleitung, in der er die Teuerungsfrage erwähnte und die Notwendigkeit ihrer Kontrolle durch die Arbeiter, ging er auf die Bedeutung der Arbeiterschaft für das Land ein und leitete aus ihr das Recht der Arbeiter auf den ersten Platz „im Rate der Nation" ab. Die genügende Versorgung des Heeres mit Munition sei in erster Linie Arthur Henderson zu verdanken. „Wir werden nicht aufhören, die Schaffung eines Arbeiterministeriums zu verlangen, bis die Regierung die unbestreitbare Logik unserer Sache anerkannt hat." Er forderte weiter die Verstaatlichung der Bergwerke, Eisenbahnen, Schiffahrt, die Kontrolle über die großen Warenlager und die Kornhäuser, die Erhöhung der Alterspensionen auf mindestens 10 Schilling die Woche und Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre. Er wies auf die Gefahren hin, die die Zeit nach dem Kriege für die Arbeiterschaft birgt und trat für eine bessere und sorgfältigere Erziehung der unbemittelten Klassen ein. —

An diesen Forderungen ist natürlich nichts auszusetzen. Es fehlt manches, was wir gerade im Kriege von einem Arbeiterkongreß hätten erwarten können. Aber wo ist der Wille, auch nur das Geforderte durchzusetzen? Was soll das Arbeiterministerium in einer Regierung, deren reaktionäre Tendenzen immer stärker hervortreten? Die Erfahrungen mit dem Genossen Henderson als Unterrichtsminister hätten Lehre genug sein können. Henderson war für diesen Posten nicht geeignet; das mag sein. Aber selbst der Tüchtigste hätte an seiner Stelle versagen müssen, da das Ministerium keine Arbeiterregierung, nicht einmal eine wirklich radikale Regierung ist, sondern die Vertretung liberaler und konservativer imperialistischer Tendenzen, mit denen eine wahrhafte Arbeiterpolitik dauernd in Konflikt kommen muß. Der Wille zur Uebernahme der ganzen politischen Macht ist aber in der britischen Arbeiterschaft bei weitem nicht so kräftig, daß man einigermaßen mit einem Erfolg rechnen könnte...

Von den Beschlüssen des Kongresses ist als besonders charakteristisch hervorzuheben die Ablehnung der Aufforderung, an einem internationalen Gewerkschaftskongreß teilzunehmen, der am selben Ort und zur selben Zeit wie die Friedenskonferenz tagen soll. Aus den Debatten über diesen Punkt geht hervor, daß die Arbeiter außerstande sind, folgerichtig zu denken, sobald nationalistische Leidenschaften in ihnen mächtig werden. Mit einer einzigen Ausnahme erklärten alle Redner, zum Teil unter heftigen Ausfällen, es für unmöglich, mit den deutschen, österreichischen, türkischen und bulgarischen Arbeitervertretern gemeinsam zu beraten, ehe Frankreich und Belgien vom Feinde befreit wären; manche hielten überhaupt eine Debatte mit den Arbeiterorganisationen der Länder der Zentralmächte für ausgeschlossen. Das heißt also, daß selbst, wenn die Regierungen der Entente die Zeit für Verhandlungen für gekommen erachten — es sei vor oder nach Rückgewinnung Belgiens und Frankreichs —, so überlassen die Arbeiter Englands das Geschäft des Friedensschlusses doch lieber den kapitalistischen Regierungen, als daß sie auch nur versuchen, einen internationalen Druck des Proletariats auf diese Verhandlungen auszuüben.

In keiner Weise ausreichend oder auch nur ein wenig tiefer schürfend war die Debatte über die Staatspolitik nach dem Kriege. Sie streift die so überaus wichtige und aktuelle Frage: Freihandel oder Schutzzoll nur eben, und die schließlich mit 1 642 000 gegen 619 000 Stimmen angenommene Resolution wird von Freihändlern wie von Schutzzöllnern in ihrem Sinne gedeutet werden können.

Die gleiche Oberflächlichkeit bei der Behandlung der Frauenarbeit nach dem Kriege. In einer Resolution wurde die Wiedereinsetzung der Trade Unions in den status quo ante nach Friedensschluß verlangt. Ein besonderer Kongreß solle dann verhandelt und die betreffenden Minister dazu eingeladen werden. Miß Mc Arthur vom Arbeiterinnenverband (Women Workers Federation) mochte vergebens darauf aufmerksam, daß das Problem nicht so einfach sei, als es aussehe. Sie verlangte, daß man sich mit der Frage beschäftige: Was ist Männerarbeit? Was ist Frauenarbeit? Was ist es mit der neuen automatischen Maschinenarbeit und der Vereinfachung des Arbeitsprozesses? Und sie meinte: „Die Aufrechterhaltung unseres Standards hänge nicht von ministeriellen Empfehlungen ab, sondern von unserer eigenen Voraussicht, von unserem klaren Denken und vor allem von unserer Macht, den Standard zu erzwingen." Aber man zog es vor, sich nicht weiter in die Frage zu vertiefen und die vorgeschlagene Resolution anzunehmen. — Noch bei einer anderen Gelegenheit wurde die Frage der Frauenarbeit berührt. Die Transportarbeiter verlangten, daß die Regierung nach dem Kriege den Frauen die Befähigung als Omnibus- oder Straßenbahnwagenführerinnen zu fungieren, absprechen solle. Begründet wurde diese Maßregel mit der Schädlichkeit dieser Arbeit für die Frau. Es muß zugegeben werden, daß die Arbeit zu schwer für den weiblichen Körper ist; aber das gleiche kann man von vielen anderen Arbeiten mit mindestens demselben Recht sagen. Warum hebt man nun die eine Beschäftigung aus dem großen Komplex heraus, anstatt die ganze Frage der Frauenarbeit aufzurollen? — Denn, der die Berichte über den Birminghamer Kongreß nachliest, drängt sich leider immer wieder die Ueberzeugung auf, daß Oberflächlichkeit das Charakteristikum dieser Tagung war."

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins

Der Schlosser B. aus einem Spandauer Betriebe will einen Kriegsschein wegen zu geringen Verdienstes. Der Kriegsausschuß findet das Verlangen berechtigt, und da der Vertreter der Spandauer Werkstatt nicht in der Lage ist, Zusagen in ausreichendem Maße zu machen, wird B. der Kriegsschein zugesprochen.

Der Dreher M. von der Firma H., L. & Co. fühlt sich zurückgesetzt, weil seine Kollegen im Betrieb mehr Lohn haben als er, ohne daß hierfür ein erkennbarer Grund vorliege. Der Vertreter der Firma verspricht, dem Dreher M. den gleichen Verdienst zu zahlen wie den übrigen Drehern.

Der Schlosser Sch. von der Firma B. will aufhören, weil er bei der gegenwärtigen Arbeitszeit (es werden zurzeit keine Ueberstunden mehr gemacht) mit seinem Verdienst von 1,60 M die Stunde nicht auskommen kann. Die Firma ist bereit, so bald wie möglich B. wieder Ueberstunden machen zu lassen. Im übrigen wird die Ausstellung eines Kriegsscheines verweigert.

Der Schlosser F. von der Firma P. in Fürstenwalde will einen Kriegsschein aus folgenden Gründen: In der Abteilung des Werkes, in der er beschäftigt war, war ihm der Verdienst zu gering, er verabredete nun mit dem Meister der Abteilung, daß er zu einer anderen Abteilung versetzt werde. Der Meister war einverstanden, nahm ihm sein Werkzeug ab und erledigte auch alle anderen Formalitäten, so daß er als aus der Abteilung entlassen betrachtet werden konnte. In der neuen Abteilung konnte sich F. aber mit dem Meister über den Verdienst nicht verständigen, weshalb F. zunächst einmal einen Passierschein forderte, um der Betrieb während der Arbeitszeit verlassen zu können. Der Meister der neuen Abteilung erklärte jedoch, er wäre noch gar nicht bei ihm beschäftigt, er könne ihm deshalb auch keinen Passierschein ausstellen. F. begab sich zu seinem alten Meister, doch erklärte ihm dieser, da F. nicht mehr bei ihm beschäftigt sei, könne er auch keinen Passierschein bekommen. Der Kriegsausschuß stellte sich bei dieser Sachlage auf den Standpunkt, daß F. bei seinem alten Meister aufgehört habe und das Arbeitsverhältnis gelöst sei. Bei dem zweiten Meister aber war noch kein Arbeitsvertrag zustande gekommen. Infolgedessen war zu der Zeit von einer Beschäftigung bei der Firma überhaupt nicht die Rede, so daß die Firma nicht, wie sie es später getan hat, berechtigt war, F. den Kriegsschein zu verweigern. Nach dieser Feststellung gelang trotzdem noch eine Verständigung dahin, daß der Schlosser F. in einer Abteilung, in der auch seiner Auffassung nach genügend verdient wird, eingestellt werden soll.

82 Maschinenarbeiter der Firma B. wollen den Kriegsschein wegen zu geringen Verdienstes. Der Kriegsausschuß erkennt die Berechtigung der Forderung nach mehr Lohn an und empfiehlt, nachdem dies grundsätzlich erklärt, neue Verhandlungen im Betrieb.

Mehrere Einrichter der Firma W. wollen eine Regelung ihrer Lohnverhältnisse. Bis jetzt war es so, daß sie einen festen Satz für die Stunde und außerdem 8 Hundertstel der Lohnsumme bekamen, die die Frauen an den von ihnen eingerichteten Maschinen verdienen. Diese 8 Hundertstel wurden aber nicht vom Verdienst der Frauen abgezogen, sondern sie zahlte die Firma. Immerhin empfanden es die Einrichter als eine unwürdige Art der Lohnzahlung und verlangten eine Aenderung. Dem ist entsprochen worden. Die Firma wird in Zukunft einen festen Stundenlohn, der dem Durchschnittsverdienst der letzten 6 Wochen entspricht, zahlen.

Unser Verband in der 111. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 111. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen: Grünberg, Tangermünde, Uetersen, Lörrach, Zweibrücken, Hersbruck und Lindau.

Übersicht über die Zeit vom 10. bis 16. September 1916.

Woche	Verwaltungstellen haben berichtet	Verwaltungstellen haben nicht berichtet	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche*	Mitgliederabgang überhaupt	Davon zum Heer eingezogen	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	Vom Hundert	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung M
1.	36	—	6359	74	34	6285	8	0,1	62
2.	29	1	4870	41	23	4829	12	0,2	128
3.	32	—	7580	74	35	7506	20	0,3	39
4.	53	—	36562	501	314	36061	104	0,3	506
5.	82	1	29324	347	227	28977	42	0,1	262
6.	42	1	29287	349	192	28938	24	0,1	139
7.	37	—	25807	351	249	25456	25	0,1	103
8.	28	—	10360	169	108	10191	21	0,2	112
9.	49	2	17864	204	112	17660	625	3,5	271
10.	38	2	19938	118	37	19820	298	1,5	1462
11.	1	—	51367	244	244	51123	404	0,8	945
Zus.	427	7	239318	2472	1575	236846	1583	0,7	4029

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugereisten und Neuaufgenommenen.

In der Berichtswoche wurden (außer Berlin) 1847 neue Mitglieder aufgenommen. 1575 Mitglieder wurden zum Heer eingezogen, 497 vom Heer entlassen.

3759 Mitglieder = 1,6 v. H. waren krank gemeldet, an welche 12937 M Unterstützung ausbezahlt wurden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 8. Oktober der **42. Wochenbeitrag** für die Zeit vom 8. bis 14. Oktober 1916 fällig ist.

*

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Hamburg:**

Der Maschinenbauer Wilhelm Küster, geb. am 11. März 1879 zu Brakede, Buch-Nr. 457910, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Lübeck:**

Der Mechaniker Karl Moldenhauer, geb. am 17. Mai 1880 zu Düsseldorf, Buch-Nr. 2,353537, wegen Betrug.

*

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: **An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16, 1.**

Geldsendungen, die nicht auf das Postscheckkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: **Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16, 1.**

Bei allen Geldsendungen, sei es mit Zahlkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll.

Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Berichte

Dreher.

Berlin. In einer gutbesuchten Versammlung der Dreher, die am 24. September tagte, erstattete der Kollege Tost den Bericht über die gegenwärtige Lage des Berufs. Eine Statistik, deren Ergebnis aus 91 Betrieben vorliegt, ergab folgendes: In diesen 91 Betrieben oder Betriebsabteilungen wurden durch die Erhebung 3495 Kollegen erfaßt, worunter sich 318 befinden, die teils aus anderen Berufen der Metallindustrie, teils aber auch aus Berufen kamen, die mit der Metallindustrie früher in keiner Verbindung standen. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug in vier Betrieben 48 Stunden, in 47 Betrieben 48 bis 54 Stunden. Die Arbeitszeit in diesen Betrieben kann wohl als die regelmäßige bezeichnet werden. Bei den erwähnten 47 Betrieben kamen auch Betriebe in Frage, wo bei Schichtarbeit täglich acht Stunden, bei Nichtschichtarbeit täglich neun Stunden gearbeitet wird. Ferner wird gearbeitet in 14 Betrieben wöchentlich 55 bis 60 Stunden, in 19 Betrieben 61 bis 66 Stunden, in 5 Betrieben 67 bis 72 Stunden. Sonntagsarbeit fand noch statt in 6 Betrieben. Die angeführten Zahlen bedeuten im Verhältnis zum Juni immerhin einen Fortschritt; die Zusammenstellung läßt aber auch erkennen, daß in einem größeren Teil von Betrieben immer noch nicht so gehandelt wird, wie es zum Besten des Berufes erforderlich ist. In den Betrieben mit 48stündiger Arbeitswoche beträgt der Durchschnittsverdienst 1,80 *M* die Stunde, bei einer Spannung zwischen 1,60 bis 2 *M* und etwas darüber. Das ist ein festes Verhältnis. Als fest kann es auch noch gelten in den Betrieben mit einer Wochenzeit von 48 bis 54 Stunden, wo der Durchschnitts-Stundenverdienst 1,60 *M* beträgt, mit einer Spannung zwischen 1,50 *M* und 1,80 *M*, und in einzelnen Betrieben mit einer Spannung von 1,50 *M* bis 2,10 *M*. In den anderen Betrieben, die eine längere Wochenarbeitszeit haben, ist der Durchschnittsstundenverdienst meist geringer und die Spannung zwischen den Einzelverdiensten meist erheblich höher. So kommt vor eine Spannung zwischen 0,90 *M* und 1,80 *M* sowie 1,90 *M*, und in einem dieser Betriebe eine Spannung zwischen 0,70 *M* und 1,60 *M*. Erhebliche Spannungen findet man selbst in Betrieben, wo nur qualifizierte Kräfte in Frage kommen. Hier ist es nur darauf zurückzuführen, daß die Kollegen bei Festsetzung der einzelnen Akkordpreise nicht genug Obacht gegeben haben. In solchen Betrieben sollten die Kollegen, wenn es sich um die Regulierung des Arbeitsverhältnisses handelt, ihr Augenmerk erst einmal auf eine Aufbesserung der schlechtern Akkordpreise richten. — In den Betrieben mit 55 bis 60 Arbeitsstunden die Woche ist der Durchschnittsverdienst 1,50 *M*, ebenso in den Betrieben mit 61 bis 66 Stunden die Woche. Und in den Betrieben mit 67 bis 72 Wochenstunden geht der Durchschnitt auf 1,40 *M* herunter. Also je mehr Stunden gearbeitet werden, je mehr geht der Durchschnitts-Stundenverdienst herunter. Es ergibt sich die Lehre: statt aus Ueberstunden höhere Verdienste zu erhoffen, sollten die Kollegen darauf sehen, bei regelmäßiger Arbeit aus erhöhten Akkordsätzen einen für die heutige Zeit auskömmlichen Verdienst zu erwirken. Allerdings zeigten die Unternehmer bei Forderungen auf Erhöhung der Akkordsätze usw. wenig Entgegenkommen, und es sei schwer, das Nötige zu erwirken. Die Kollegen müßten indessen doch versuchen, im Sinne der Beschlüsse der vorigen Branchenversammlung weiter zu handeln. — Die sehr lebhafte Aussprache bewegte sich in der Hauptsache im Sinne der Darlegungen des Branchenleiters. Adolf Cohen von der Ortsverwaltung nahm ebenfalls das Wort. Unter anderem betonte er, daß Vertreter der Militärbehörden bei Verhandlungen mit Großunternehmern erklärt hätten, sich in die Verhandlungen über die Höhe der Löhne nicht einzumischen, sondern nur darauf zu achten, daß das militärische Interesse nicht verletzt werde. Vielleicht würde man in der Ueberstundenfrage sich auf dies Interesse dort berufen, wo nicht genug Dreher zu haben sind. Möglicherweise ließe sich in der Ueberstundenfrage mehr erreichen, wenn die Dreher bereit wären, Adressen nur garnisondienstfähiger, in den Etappen oder sonstwo befindlicher Kollegen anzugeben, damit die Ortsverwaltung bei der Behörde versuche, sie für die Arbeitsvermittelung freizubekommen. In der wichtigen Frage der Arbeitsvermittelung führte Cohen aus: Die gelben Werkvereine hätten sich darüber beschwert gefühlt, daß auf ihren Anruf der „Zentralauskunftsstelle" der Metallarbeiter-Verband es abgelehnt habe, ihrem Arbeitsnachweis stellungslose Arbeitskräfte zu überweisen. Die Ablehnung sei erfolgt, weil man mit einem Arbeitsnachweis, der die Frage der Organisationszugehörigkeit zu den gelben Vereinen mit der Arbeitsvermittelung verbinde, nichts zu tun haben wolle. Auf diese Auskunft des Verbandes hat der Arbeitsnachweis des gelben Vereins ein Schreiben an die Zentralauskunftsstelle gesandt, in dem es heißt: „Auf das Schreiben vom 14. August 1916 erklären wir, daß weder im Arbeitsnachweise unseres Werkvereinskartells, noch in den Betrieben selbst irgend ein Einfluß mittelbar oder unmittelbarer Art auf die überwiesenen Arbeitskräfte ausgeübt wird, Mitglieder des Werkvereins zu werden. Jedoch behalten wir uns vor, wie jede andere Organisation, unter den Arbeitskräften Mitglieder zu werben. Wir nehmen auch Bezug auf die Erklärung des Metallindustriellenverbandes, wonach seitens der Beamten und Meister bis auf weiteres von einer Bevorzugung von Mitgliedern der gelben Werkvereine abzusehen ist." Trotz dieses Schreibens, meinte Cohen, sei es ausgeschlossen, sich mit dem gelben Nachweis irgendwie einzulassen. Die gelben Vereine hätten immer die Vermittelung von der Mitgliedschaft zu ihnen abhängig gemacht, und wenn sie es unter den augenblicklichen Verhältnissen auch nicht könnten, so würden sie es bei neuer Gelegenheit doch wieder tun. Das letztere sei selbst aus dem Schreiben zu entnehmen. Darum gebe es keine Verbindung mit ihnen, auch nicht durch den Arbeitsnachweis. Die Unternehmer, die Arbeitskräfte brauchten, könnten sich ja an den Arbeitsnachweis des Metallarbeiter-Verbandes selber wenden, den ja in jetziger Zeit selbst große, dem Metallindustriellen-Verband angehörende Firmen gefunden hätten. Tost äußerte im Schlußwort auf die Anregung Cohens hinsichtlich der Ueberstundenfrage, daß man unter Erwägung aller Bedenken gegen und für dazu kommen könnte, in Betrieben, wo die Kollegen zu Ueberstunden gezwungen werden sollten, diesen Kollegen freizustellen, mit der Ortsverwaltung wegen der Befreiung von in den Etappen usw. befindlichen, nur garnisondienstfähigen Kollegen in Verbindung zu treten, doch werde sich die Branchenkommission zunächst noch damit beschäftigen. Weiter kam Tost auf eine schon vorher mehrfach angeschnittene Frage zu sprechen. Es ist festgestellt worden, daß öfter Werkstattobleute und Vertrauensleute, die im Interesse der Mitglieder und damit im Interesse der Organisation bei Lohnfragen tätig waren, alsbald aus dem betreffenden Betriebe verschwanden und eine Order erhielten. Cohen hat verschiedentlich eingegriffen und in einzelnen Fällen auch Erfolg gehabt. Die Versammelten wünschen, daß in allen ähnlichen Fällen die Verwaltung sich bemühen soll. Tost schlug deshalb den Versammelten vor, in allen solchen bekannt werdenden „Abmeldungsfällen" das Material der Ortsverwaltung zwecks Eingreifens sofort zugehen zu lassen. Zum Schluß erklärte Tost für absolut unbegründet, daß er sich zugunsten einer Sonderorganisation ausgesprochen haben solle. Im Gegenteil sei er der entschiedenen Meinung, daß die wirtschaftliche Bewegung unter allen Umständen in ihrem Zusammenhange aufrecht erhalten werden müsse.

Metallarbeiter.

Kaiserslautern. Teuerung und Akkordabzüge. Ab und zu liest man in den Zeitungen noch etwas vom „Burgfrieden", der am Anfang des Krieges vorhanden war, von dem aber heute, besonders im wirtschaftlichen Leben nichts mehr zu finden ist. Vor allem in den Betrieben kennt man derartiges nicht mehr. In der Maschinenfabrik von Gebr. Pfeiffer hier wurde vor ungefähr vier Wochen ein neuer Drehermeister, Schindler mit Namen, eingestellt, der seine Aufgabe darin erblickt, die Akkorde herabzusetzen. In der jetzigen Zeit mit der täglich zunehmenden Teuerung sollte man so etwas für undenkbar halten, zumal die Betriebe der Metallindustrie zum Teil glänzende Geschäfte machen. Und doch ist dem so. Im Gegensatz zu früher erfahren die Arbeiter nicht beim Beginn eines neuen Akkords oder wenigstens bald danach, was sie dafür erhalten. Einem Arbeiter wurde am Schluß der Zahltagsschicht (Montags) für die gleiche Arbeit weniger verrechnet als vorher. Auf seinen Einwand wurde ihm mehr versprochen. Trotzdem erhielt er seinen Akkordzettel mit den geringeren Sätzen. Er wollte deshalb Donnerstag die Arbeit niederlegen, weshalb man ihn aufs Büro rief, wo man ihn überredete, zu bleiben. Er ging darauf ein, aber am Zahltag am Freitag abend sah er zu seinem Erstaunen, daß die versprochene Erhöhung doch unterlassen war und ihm ungefähr 7 *M* zu wenig ausbezahlt wurden. Daraufhin verließ er die Arbeit. Die Firma aber zahlte ihm nicht nur den Fehlbetrag nicht aus, sondern behielt ihm auch noch den Lohn für die 4 Tage vom Dienstag bis zum Freitag in Höhe von 28 *M* ein. Diesen Betrag, sowie die 7 *M* wird er nun am Gewerbegericht einklagen müssen. Das haben der Arbeiter und auch die Firma — der es doch nicht angenehm sein kann, vor das Gewerbegericht gerufen zu werden — dem Drehermeister Schindler zu verdanken. Dieser war früher schon längere Zeit im Geschäft und durch Lohndrückerei bekannt. Vor zwei Jahren trat er aus. Ob dieser Austritt freiwillig geschah, wissen die Arbeiter nicht. Jetzt ist er wieder im Geschäft und das alte Verfahren der Lohnherabsetzung beginnt von neuem. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter sich dagegen sofort zur Wehr setzen, um vor Nachteilen bewahrt zu bleiben. Aber auch der Firma sollte daran gelegen sein, daß derartige, besonders für die jetzige Zeit unliebsame Vorkommnisse unterbleiben und sie sollte sich deshalb das Treiben dieses Meisters etwas näher ansehen, der — mit Absicht oder nicht — darauf ausgeht, den Frieden im Betrieb zu stören. Den Arbeitern in diesem Betriebe rufen wir zu, sich mehr und mehr auf sich selbst zu besinnen. Deshalb tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, nur dadurch könnt ihr eure Lage verbessern.

Rundschau

Reichstag.

Am 28. September ist der Reichstag zu einer Tagung zusammengetreten, die voraussichtlich nur wenige öffentliche Verhandlungen neben einer Reihe von Ausschußsitzungen bringen wird. Im Frühsommer war die Volksvertretung mit der Bestimmung auseinandergegangen, daß der Präsident im Notfalle noch vor der regelmäßigen Herbsttagung — die sich in der Hauptsache mit dem Reichshaushaltsplan zu befassen hat — eine Sitzung anberaumen solle. Dieser besondere Fall war natürlich durch die Kriegserklärungen Italiens und Rumäniens gegeben. Die dadurch bewirkte außerordentliche Vermehrung unserer Feinde erheischt dringend eine sorgsame Beratung der Regierung mit der Vertretung der Nation.

Aber auch ohne dies war die Zusammenberufung des Parlaments unaufschiebbar. Seit Monaten sind innerpolitische Zettelungen gegen den verantwortlichen Staatsmann im Gange, die nun endlich aus dem Dunkel schleichender Verleumdung in das helle Licht sachlicher Verhandlungen gerückt werden müssen. Zahllose anonyme Flugschriften, die zum Teil ganze Bücher ausmachen, sind an geschickt ausgewählte Adressen im ganzen Reiche versandt worden; rührige Agitatoren ziehen landauf landab, um in Konventikeln ihre Weisheit zum besten zu geben; in gewissen Zeitungen wird der Kampf gegen Bethmann allen Schwierigkeiten der Zensur zum Trotz, ja vielleicht wegen dieser Schwierigkeiten mit besonderer Wirkung, in tückischen Anspielungen geführt. Das alles deutet auf eine umfassende und trefflich geleitete Organisation hin; schon die beträchtlichen Geldmittel, die zu einem solchen Feldzug gehören, übersteigen bei weitem die Kräfte einzelner, wenn auch reicher Personen. Der Kampf geht, wie gesagt, um Bethmann. Als Person? Nein, als Verkörperung bestimmter Grundsätze der äußeren und inneren Politik. In der äußeren Politik wird der Kanzler angefeindet, weil er angeblich nicht die schärfsten und letzten Mittel im Kriege gegen England, den „rücksichtslosen" U-Bootkrieg, anwendet; in der inneren Politik hat er sich die Feindschaft mächtiger Gruppen zugezogen, weil er sich für eine „Neuorientierung" nach Friedensschluß eingesetzt hat, weil er von keinem Ausnahmegesetz und keiner Ausnahmeverwaltung mehr etwas wissen will. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß es vielen Propheten des „rücksichtslosen" U-Bootkriegs bei all ihrem Gezeter gegen England mehr um die innere, als um die äußere Politik zu tun ist.

Am 28. September ergriff der Reichskanzler noch vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu einer längeren Rede, in der er ein Bild unserer militärischen und politischen Lage zu geben suchte. Unsere Lage ist unzweifelhaft ernst. Von West und Ost und Süd drängen die übermächtigen Feinde, denen die Hilfsmittel der ganzen Welt zur Verfügung stehen, gegen unser abgesperrtes Land und unsere Bundesgenossen in immer erneutem Ansturm vor; ganze Gebirge von amerikanischer Munition ergießen sich über unsere tapferen Abwehrtruppen im Westen und amerikanische wie japanische Geschütze verstärken die Angriffskraft der unübersehbaren russischen Menschenwogen; die Neutralen — wer von ihnen ist noch wirklich neutral? — winden sich unter dem Druck der englischen Einkreisungspolitik oder lassen sich gern von ihr vergewaltigen: kurzum, nur die schärfste Anspannung aller unserer physischen und moralischen Kräfte kann diesem furchtbaren Druck standhalten. Nie war es klarer, daß dieser Krieg von Anfang an für Deutschland ein Verteidigungskrieg war; selbst dreiste Annexionsschreier, die vordem den Mund nicht weit genug aufreißen konnten, fangen an, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich sind. Was uns bei einer wirklichen Niederlage bevorsteht — die Drohungen der englischen und französischen Staatsmänner lassen es deutlich werden; selbst wenn man von den hochtönenden Redensarten und den üblen Beschimpfungen ein gutes Stück abstreicht, bleibt noch genug übrig, um uns den ganzen furchtbaren Ernst dieses Weltkrieges klarzumachen.

Hat der Kanzler so auf der einen Seite nichts beschönigt, so hat er doch auch auf der anderen nicht verschwiegen, daß zu einer Kopflosigkeit und lähmenden Angst ganz gewiß auch kein Anlaß vorliegt. Unsere Abwehr hält. Die Ereignisse in Rumänien zeigen, daß wir auch noch zu wuchtigen Schlägen Kraft haben. Wirtschaftliche Sorgen lasten auf weiten Kreisen unserer Bevölkerung, können aber durch Verbesserung der Organisation besser verteilt und dadurch erträglicher gemacht werden. So dürfen wir hoffen, daß der Tag eines Friedens, der uns die nationale Selbständigkeit, die Unversehrtheit unseres Landes und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit bringt, nicht mehr allzufern ist, wenn auch die Umrisse des Friedens selbst noch nebelhaft sein mögen. —

Dem Reichstag ist bereits eine Reihe von Gesetzentwürfen angekündigt worden: die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages und des elsaß-lothringischen Landtages um ein Jahr, die Aenderungen des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnungen für Rechtsanwälte und für Gerichtsvollzieher und ein Ermächtigungsgesetz zur Feststellung der Kurse von Wertpapieren für die Kriegssteuerveranlagung am 31. Dezember 1916. Eine Vorlage über eine Abänderung der Reichsversicherungsordnung befindet sich bis jetzt nicht darunter.

Über die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im August 1916

berichtet das vom Statistischen Amt herausgegebene Reichs-Arbeitsblatt in seinem Septemberheft, wie folgt: Im ersten Monat des dritten Kriegsjahres pulste das deutsche Wirtschaftsleben mit derselben Kraft, mit der es sich seit der raschen Umstellung auf die Kriegswirtschaft fortentwickelt hat. Dem gleichen Monat des Vorjahres gegenüber läßt sich vielfach noch eine weitere Steigerung in der Beschäftigung erkennen.

Für den Bergbau wie für die Eisen- und Metallindustrie zeigt sich die gleiche lebhafte Anspannung wie im Vormonat und im Vorjahre. Zum Teil tritt hier wie in dem der Regel nach stark beschäftigten Maschinenbau eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades dem August 1915 gegenüber hervor. In der elektrischen wie in der chemischen Industrie zeigen einzelne Zweige auch dem Vormonat gegenüber eine Steigerung in der Beschäftigung; insbesondere ist auch hier wieder vielfach eine dem Vorjahre gegenüber günstigere Lage zu verzeichnen. Auch in der Holzindustrie hat im Vergleich zum Vormonat teilweise eine Verbesserung des Geschäftsganges stattgefunden. Im Bekleidungsgewerbe ist dem Vormonat gegenüber in einzelnen Zweigen eine Abschwächung eingetreten; eine Anzahl von Betriebszweigen erfreute sich aber besserer Beschäftigungsverhältnisse als im August 1915. Auf dem Baumarkte ist ein allgemein erheblicher Fortschritt zwar nicht eingetreten, doch machte sich wie im Vormonat auch im August in einzelnen Gebieten eine Verbesserung geltend.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. September beschäftigten Mitglieder dem Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber eine allerdings geringe Zunahme der Beschäftigten. Bei den Männern ist ein Rückgang um 19 483 oder 0,50 vom Hundert eingetreten. Die weiblichen Beschäftigten haben dagegen eine Zunahme um 24 028 oder 0,67 v. H. aufzuweisen; insgesamt ergibt sich daraus eine Zunahme um 4545 Beschäftigte oder 0,06 v. H. Bei Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigungszahl ist zu berücksichtigen, daß die Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht einbegriffen ist.

Nach Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 36 Fachverbänden, die für 806 508 Mitglieder berichteten, wurden zu Ende August 17 901 Arbeitslose oder 2,2 v. H. ermittelt. Die Arbeitslosenzahl ist dem Vormonat gegenüber, wo sie sich auf 2,4 v. H. stellte, wiederum gesunken. Auch im Vergleich zum August der drei vorhergehenden Jahre stellte sich die Arbeitslosenzahl niedriger, sie betrug nämlich August 1915 2,6, 1914 22,4 und im Friedensjahre 1913 2,8 v. H.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt eine günstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes dem Vormonat gegenüber erkennen. Es hat eine Abnahme des Andranges sowohl der männlichen wie der weiblichen Arbeitsuchenden stattgefunden. Im August kommen bei den Männern 72 Arbeitsuchende (gegen 77 im Vormonat), beim weiblichen Geschlecht 142 Arbeitsuchende (gegen 154 im Juli) auf je 100 offene Stellen.

Auch die bis Mitte September reichende Statistik auf Grund des Arbeitsmarkt-Anzeigers zeigt eine Verbesserung des Arbeitsmarktes besonders dem Vorjahre gegenüber.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände zeigen für Posen, Schlesien, Sachsen-Anhalt, Königreich Sachsen, Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen wie für Bayern keine wesentliche Veränderung des Arbeitsmarktes. In Thüringen, Westfalen, Hamburg und Baden tritt eine Verbesserung der Lage für das weibliche Geschlecht hervor. Eine allgemeine Steigerung der Beschäftigungsverhältnisse weist Berlin-Brandenburg, Hessen und Hessen-Nassau wie Württemberg auf. Im Rheinland ist eine Zunahme der Stellenvermittlung eingetreten. Schleswig-Holstein weist demgegenüber eine Abschwächung der Arbeitsmarktlage auf.

Gewerkschaftliches.

Brauer. Der Brauer-Verband feierte am 23. September den Gedenktag seines 25jährigen Bestehens. Schon vor seiner Gründung bestanden Organisationen der Brauereiarbeiter, es waren das hauptsächlich Vereine mit zünftlerischen Bestrebungen. Auch in dem im Jahre 1885 gegründeten Allgemeinen Brauer-Verband, der als Vorläufer der heutigen Organisation gelten kann, herrschte nichts weniger als Klarheit über die zu erstrebenden Ziele. Es bedurfte mehrerer Anläufe der vorwärtsdrängenden Kräfte, um die Unterstützungs- und Geselligkeitsvereine zu einer auf die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Gewerkschaft umzugestalten. Das gelang erst auf dem Verbandstag zu Hannover am 23. und 24. September 1891. Als Sitz des Verbandes wurde Hannover bestimmt; seit dem Jahre 1909 befindet sich der Sitz in Berlin. Der Beschluß des Verbandstages vom Jahre 1891 hatte zunächst eine Spaltung der Organisation zur Folge. Bei dem Verband verblieben zunächst nur rund 500 Mitglieder. Aber bald ging es vorwärts. Im Jahre 1910 erfolgte die Verschmelzung des Brauer-Verbandes mit dem Verband der Mühlenarbeiter. Der Brauer-Verband zählte damals über 36 000 Mitglieder. Beim Ausbruch des Krieges zählte die Organisation 51 5000 Mitglieder, darunter über 46 000 aus dem Brauereigewerbe. Durch den Krieg hat die Organisation natürlich gelitten, aber sie zählte im Jahre 1915 noch etwa 24 000 Mitglieder, und die Hauptkasse verfügte über ein Vermögen von mehr als 1½ Millionen Mark.

Angriff auf das Koalitionsrecht.

Trotz aller Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen während des Krieges gibt es immer noch Unternehmer, die den Kampf gegen die Berufsverbände unbeirrt weiterführen. So hält es auch die Gutehoffnunghütte in Oberhausen (Rheinland) noch für nötig, jedem Stellenbewerber einen Fragebogen vorzulegen, der neben anderen überflüssigen Fragen auch die Beantwortung verlangt, ob der Bewerber dem Bunde technisch-industrieller Beamten oder dem Deutschen Techniker-Verbande angehört. Die beiden genannten Verbände haben sich, da die Direktion ihre Vorstellungen unbeantwortet ließ, an das zuständige Generalkommando gewandt, um die Firma zur Wahrung des Koalitionsrechts zu veranlassen.

Noch ungenierter bekämpft das Koalitionsrecht ihrer Angestellten die Luftfahrzeug-Gesellschaft m. b. H. in Adlershof bei Berlin. In einem Anstellungsbrief für einen Ingenieur befindet sich folgende Stelle: „Sie verpflichten sich bei einer Strafe von 100 *M* (in Worten Einhundert Mark), für jeden Einzelfall, sich jeder Werbetätigkeit für Technikervereinigungen u. dgl. zu enthalten." Ganz richtig bemerkt die Industriebeamtenzeitung dazu, daß eine derartige Beschränkung keine Rechtsgültigkeit besitzt. Deshalb ist der Versuch aber doch verwerflich und umso bezeichnender, als die Luftfahrzeuggesellschaften selbst sich stark organisiert haben und durch Konkurrenzklausel den Angestellten sogar Stellenwechsel ohne Zustimmung der Firma unterbinden. Die genannte Firma nimmt also für sich selbst das Koalitionsrecht zur Verfolgung eigensüchtiger Zwecke in Anspruch, versagt aber dennoch ihren Angestellten jede Betätigung in deren Organisation.

Müssen Unterstützungen versteuert werden?

Für die Familien der ins Feld gezogenen Krieger, die von dem früheren Unternehmer eine Unterstützung in Form von Weiterbezahlung eines Teiles des Lohnes oder Gehalts beziehen, ist diese Frage von großem Belang. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verlangte in einem Falle, daß an sie die entsprechenden Beiträge für die gezahlten Unterstützungen abgeführt würden, und die Steuerverwaltung erklärte dieses Einkommen als steuerpflichtig. Die Steuerbehörde hatte nun einen kaufmännischen Angestellten, der im Felde steht, und dessen Familie von seinem frühern Unternehmer wöchentlich 38 *M* bezieht, mit 1820 *M* zur Einkommensteuer veranlagt. Das preußische Oberverwaltungsgericht, vor dem der Streitfall verhandelt wurde, hat nun entschieden, daß das Einkommen nicht steuerpflichtig ist. Die Begründung lautet so: Die Unterstützung an die Ehefrau hätte nur dann angerechnet werden dürfen, wenn dem Steuerpflichtigen oder dessen Ehefrau ein Recht auf periodische Zahlung in der bezeichneten Art bei Beginn des Steuerjahrs zustand. Die Gewährung der Unterstützung beruhte aber auf dem freien Willen des Gebers und ist auch keine Gegenleistung für die Tätigkeit des Steuerpflichtigen oder seiner Ehefrau. Ein Recht auf Zahlung der Unterstützung besteht nicht, deshalb ist das Einkommen aus dieser Unterstützung nicht steuerpflichtig.

Schiffbau in Japan und Amerika.

Der Schiffbau in den Vereinigten Staaten und Japan macht, wie Fairplay vom 31. August meldet, große Fortschritte. In Amerika entstehen überall an der Küste neue Schiffswerften. Leute, die früher mit Schiffen gar nichts zu tun hatten, kommen jetzt infolge der hohen Gewinne in Versuchung, Reeder zu werden. Für einen 8800 Tonnen großen Dampfer läßt sich ein Schiffsbauer jetzt bei einer Bauzeit von zwölf Monaten 140 Dollar für die Tonne bezahlen unter Vereinbarung einer Vertragsstrafe von 1000 Dollar für jeden Tag der Verzögerung in der Ablieferung und mit einer Belohnung von gleicher Höhe für jeden Tag früherer Ablieferung. Für ein Petroleumtankschiff von 8 bis 10 000 Tonnen, das in 18 Monaten gebaut werden soll, wurden 150 Dollar für die Tonne geboten, während für einen 10 000-Tonnen-Dampfer, der in 18 Monaten oder zwei Jahren lieferbar sein soll, ein Schiffsbauer 1½ Millionen Dollar fordert. Natürlich nutzen die Arbeiter die große Nachfrage aus und sichern sich Lohnerhöhungen. Ein Schiffsbauer sagte, daß die Lohnzuschläge, die jetzt bezahlt werden müssen, so groß sind, daß kleinere Reparaturen zehnmal so teuer sind als vor dem Krieg, und daß, während die Löhne auf den Schiffswerften um 30 v. H. gestiegen sind, seine Firma für Ueberstunden doppelte Löhne und für Sonntagsarbeit dreifache Löhne zahlen muß. Auch in Japan sind die Löhne gestiegen, aber die Löhne in der Zeit vor dem Krieg waren so gering, daß die Lohnzahlungen, die beim Bau eines Dampfers in Betracht kommen, selbst jetzt beträchtlich niedriger sind, als diejenigen, die vor zwei Jahren in England bezahlt wurden. Freilich ist auch die Körperkraft des japanischen Arbeiters nicht mit der des englischen zu vergleichen, aber die Benutzung von Maschinen läßt den Japaner über diese Schwierigkeiten hinwegkommen. Die japanischen Schiffswerften werden im nächsten Jahr so viele Schiffe liefern können, daß allein eine einzige Gesellschaft von jetzt bis Ende nächsten Jahres 20 bis 25 Dampfer zwischen 9000 und 12 000 Tonnen vom Stapel lassen kann.

Nichts für die Aktionäre — alles für die Versicherten!

Das ist der geschäftliche Grundsatz, nach dem im Gegensatz zu den privaten Versicherungsgesellschaften die von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete Versicherungsgesellschaft **Volksfürsorge** ihre Geschäfte führt. In den drei bis jetzt zum Abschluß gebrachten Geschäftsjahren bis Ende 1915 wurde ein Gesamtüberschuß von 386 828 M erzielt. Davon wurden zugewiesen dem gesetzlichen Reservefonds 19 340 M, dem Organisations-, dem Kriegsreservefonds und einer besonderen Reserve zusammen 138 023 M und Gewinnreserve der Versicherten 219 300 M. Es sind sonach 376 663 M den für die Sicherheit der Versicherten dienenden Reserven zugeführt worden. Die Aktionäre haben bei allen drei Geschäftsabschlüssen auf die ihnen satzungsgemäß zustehende vierprozentige Verzinsung verzichtet, im Jahre 1913 zugunsten der Gewinnreserve, die jetzt 219 286 M beträgt. In den beiden Jahren 1914 und 1915 erfolgte dieser Verzicht zugunsten des **Kriegsreservefonds**, der dadurch auf 99 341 M erhöht wurde.

Warum streikt der Arbeiter?

Bei Gelegenheit eines großen Transportarbeiterstreikes warf eine englische Wochenschrift die Frage auf: Warum streikt der Arbeiter? Für die beste Antwort stellte sie einen Preis von 10 Pfund in Aussicht. Die mit dem Preise bedachte Antwort lautete:

„Als Arbeiter befinde ich mich im Besitz einer einzigen marktfähigen Ware, und das ist meine Arbeitskraft. Ich beanspruche das Recht, diese Ware zu ihrem Marktwert zu veräußern und suche, wie es ja mein kapitalistischer Unternehmer auch mit seinen Waren hält, den möglichst hohen Preis dafür herauszuschlagen. Ferner trete ich wiederum in Uebereinstimmung mit den Methoden meines Unternehmers, einer Vereinigung bei, die den Preis, zu dem meine Arbeitskraft verkauft werden kann, festsetzt; wir, die Mitglieder dieser Vereinigung verpflichten uns, unsere Arbeitskraft unter diesem Preise nicht zu verkaufen. Das Recht, diese Methode anzuwenden, bestreitet mir mein Unternehmer, während er sie ungehindert befolgt und anwendet. Wenn ich seine Ware nicht mit dem von ihm festgesetzten Betrag bezahlen will, erhalte ich sie nicht, und wenn er mir den festgesetzten Preis für meine Ware nicht zahlen will, erhält er diese auch nicht. Ich streike!" F. K.

Vom Ausland

Schweiz.

Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses. Beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund hatten der italienische Gewerkschaftsbund und der Genosse **Legien** in Berlin, der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das Gesuch auf Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses in der Schweiz gestellt. In seiner Sitzung vom 15. September beschloß der Ausschuß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes die Ablehnung des italienischen Gesuches, weil ein Vorgehen über den Kopf des bestehenden Internationalen Gewerkschaftsbundes hinweg nur neue Mißhelligkeiten schaffen würde. Dem Gesuch des Genossen Legien dagegen wurde entsprochen, obwohl man sich bewußt ist, daß zurzeit noch kein internationaler Kongreß der Gewerkschaften zustande kommen könne, der diesen Namen verdient, weil die einen nicht kommen können und die andern nicht kommen wollen. Aus dem Kongreß werde wahrscheinlich, wie mit allen derartigen Veranstaltungen während des Krieges, nur eine Konferenz werden. Die schweizerischen Gewerkschaften wollen aber durch die Uebernahme ihren guten Willen zeigen, alles zu tun, was zum Gelingen der Sache beitragen kann. Es bleibt nun abzuwarten, welche Stellung die gewerkschaftlichen Zentralen der andern Länder zu dem Kongreßvorschlag einnehmen werden.

Wahl eines Sekretärs des Gewerkschaftsbundes. In der gleichen Sitzung wählte der Gewerkschaftsausschuß als Nachfolger des Genossen August Huggler, der Generalsekretär des schweizerischen Zugspersonalverbandes geworden ist, den Genossen Karl **Dürr**, bisher Sekretär des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, zum Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Zugleich wurde auf Antrag der Vertreter der französischen Schweiz beschlossen, nach Eintritt besserer Verhältnisse einen zweiten Sekretär anzustellen, dessen Muttersprache das Französische ist. Den lokalen Sektionen der Eisenbahnerverbände, die dem Gewerkschaftsbunde angehören, aber noch nicht den lokalen Arbeiterunionen, wurde der Anschluß an diese empfohlen, der ihre moralische Pflicht sei. Trotzdem soll irgend ein Zwang in dieser Beziehung auf die Eisenbahner nicht ausgeübt werden, da viele dieser Organisationen politisch neutral sind. Grundsätzlich wurde ferner entschieden, daß die Coiffeurgehilfen sich dem Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter-Verband angeschlossen haben.

Von den Internierten. In seinem vierten Neutralitätsbericht an die Bundesversammlung teilt der schweizerische Bundesrat mit, daß von Anfang April 1916 bis Ende August im Schwerverwundetenaustausch 147 Deutsche und 165 Franzosen, seit März 1915 2343 Deutsche und 8668 Franzosen durch die Schweiz heimbefördert wurden. Die Internierung verwundeter und kranker Krieger und Kriegsgefangener erreichte Ende August die Zahl von 15 853 Soldaten, 815 Offizieren und 2505 Zivilgefangenen, ferner 170 zahlende Zivilgefangene, zusammen 19 343 Mann. Davon sind 4605 Deutsche, 1253 Engländer, 11 722 Franzosen, 1587 Belgier und 1 Oesterreicher. Als invalid wurden 114 (15 Deutsche und 99 Franzosen) in ihre Heimat entlassen, 80 (9 Deutsche, 64 Franzosen und 7 Belgier) sind gestorben. Italien hat es mit Rücksicht auf seine günstigen klimatischen Verhältnisse abgelehnt, österreich-ungarische Gefangene zur Internierung in die Schweiz zu schicken und auch Serbien hat abgelehnt. Dagegen haben Frankreich und Oesterreich-Ungarn beschlossen, verwundete und kranke Zivilinternierte an die Schweiz zur Internierung abzugeben.

Die Kosten der Internierung betragen zurzeit monatlich in runden Zahlen für die Franzosen zwei Millionen, für Deutsche 800 000, für Belgier 300 00 und für Engländer 200 000 Fr. Sie werden vom Heimatstaat vergütet.

Für die Beschäftigung der Internierten sorgen durch Arbeitszuweisung drei Kriegskommissionen und eine Zentralkommission. Erstere bestehen aus je zwei Vertretern von Arbeitern und Unternehmern und einem Neutralen, die Zentralkommission aus je einem Vertreter der Arbeiter und Unternehmer sowie einem Neutralen. Inzwischen ist ein umfangreiches Reglement für die Beschäftigung der Internierten aufgestellt und veröffentlicht worden, das diese nach dem Grade ihrer Arbeitsfähigkeit in verschiedene Klassen einteilt, sodann dementsprechend die Arbeitsvermittlung regelt und endlich leitende Grundsätze für die Beschäftigung enthält. Die letzteren bestimmen unter anderm, daß gegen die einheimische Arbeiterschaft weder Lohndruck noch Verdrängung aus der Arbeit stattfinden darf. Unter den ortsüblichen Tageslöhnen darf kein beschäftigter Internierter entlohnt werden. Zum Teil Arbeitsfähige, die für die Internierten selbst arbeiten (Schuhmacher, Schneider usw.) können aus der Orts- oder Unkostenkasse des Platzes eine tägliche Soldzulage bis zu 1 Fr. erhalten. Die Vollarbeitsfähigen haben 40 Hundertstel ihres Verdienstes an die Ortskasse abzuliefern, die für die Internierten verwendet werden. Vollständig Arbeitsfähige haben mit dem Lohn für ihren Unterhalt selbst zu sorgen. Sie unterstehen auch dem schweizerischen Haftpflichtgesetz, genießen also dessen Schutz, während Unfälle von nur zum Teil Arbeitsfähigen als Kriegsverletzungen behandelt werden. Das Reglement bestimmt für ganz und zum Teil Arbeitsfähige den **Arbeitszwang**, der durch militärischen Befehl ausgeübt wird. Internierte Offiziere und Unteroffiziere sind vom Arbeitszwang ausgeschlossen. So ausführlich das Reglement auch ist, der mißbräuchlichen Ausbeutung der Internierten durch die Unternehmer läßt es doch noch zu viel Raum.

Die Heimtransporte nichtwehrfähiger Zivilgefangener und Ausgeschiedener dauern fort, es wurden deren von April bis August 1916 2157 heimbefördert, wovon 345 Deutsche, 783 Franzosen, 631 Italiener, 91 Oesterreicher und Ungarn sowie 307 Spanier. Auch 926 Deutsche und 3926 französische Militärärzte und Sanitätsmannschaften, zusammen 4852, wurden seit März 1915 heimbefördert. Z.

Frankreich.

wd. **Streiks von Arbeiterinnen in der Metallindustrie** sind jetzt, wo den Arbeitern durch die Zwangsarbeit für Kriegsbedarf jede gewerkschaftliche Freiheit genommen ist, an der Tagesordnung. Vor einiger Zeit streikten mit Erfolg 200 Arbeiterinnen der Automobilfabrik de Dion. Mitte September legten ebenfalls wegen Lohnstreitigkeiten gegen 200 Arbeiterinnen der französischen Metallwerkengesellschaft in St. Denis die Arbeit nieder. Die Arbeiterinnen hatten hier einen Grundlohn von 20 ₰ die Stunde. Bei Stückarbeit konnten die Geschicktesten bis zu 4,80 M täglich verdienen. Jedoch waren dies Ausnahmen, die meisten hatten den Grundlohn. Sie verlangten nun infolge der zunehmenden Verteuerung der Lebenshaltung eine Zulage von 80 ₰ für den Tag. Dies wurde verweigert, worauf die Arbeiterinnen die Arbeit sofort niederlegten. Nach dreitägigem Streik bewilligte die Direktion nach Eingreifen des Munitionsministeriums eine tägliche Zulage von 64 ₰. Dies befriedigte die Streikenden und sie nahmen auf Anraten des französischen Metallarbeiterverbandes die Arbeit wieder auf.

Durch ein Rundschreiben des Munitionsministers wird jetzt einem Zustand ein Ende bereitet, der für die französischen Metallindustriellen schon zu lange besondere Gewinne abwarf. Diese bezahlten die für ihre Betriebe abkommandierten Metallarbeiter fast immer niedriger als die, die in keinem Militärverhältnis standen. Der französische Metallarbeiterverband veröffentlichte Ende vorigen Jahres Fälle, in denen der Unterschied im Verdienst 25 bis 50 vom Hundert betrug. Diesem Mißbrauch soll nunmehr ein Ende gemacht werden. Die militärischen Arbeitsinspektoren werden angewiesen, darauf zu achten, daß reklamierte oder abkommandierte Metallarbeiter in privaten Betrieben der Metallindustrie dieselben Löhne erhalten wie die anderen.

Großbritannien.

Der Gewerkschaftskongreß gegen die Teuerung. In der Sitzung am 8. September wurden auf dem Gewerkschaftskongreß scharfe Worte gegen die Regierung gebraucht, wegen ihrer Untätigkeit in der Frage der Volksernährung. Sämtliche Redner waren einig darüber, daß die Teuerung einen Höhegrad erreicht hat, wo sie die Lebenshaltung der Lohnarbeiter gefährdet. Der Kongreß nahm folgende **Entschließung** an:

„Der Kongreß ist beunruhigt durch das ungeheure Steigen der Nahrungsmittelpreise seit August 1914; er drückt sein Erstaunen und seine Entrüstung darüber aus, daß die Regierung nicht sämtliche Verkehrsmittel zu Wasser und zu Lande unter ihre unmittelbare Aufsicht genommen hat, um hierdurch der Bevölkerung billige und gesunde Nahrung zu sichern, trotzdem es allgemein bekannt ist, daß die hohen Frachten die Hauptursache der Teuerung sind. Der Kongreß fordert deshalb die Regierung auf, zur Sicherung der Volksernährung folgende Maßnahmen zu ergreifen: Uebernahme der Verkehrsmittel durch den Staat; vollständige Kontrolle über die heimische Nahrungsmittelerzeugung; Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Lebensmittel."

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. a. G. Hamburg.)

Abrechnung über den Unterstützungs- und Agitationsfonds vom 1. Juli bis 31. August 1916.

Einnahmen:

Von Abenrode 20 M. Altona 3,40. Alzey 11,80. Ammendorf-Radewell 13,20. Annen 43. Aschaffenburg 10. Aubing 10. Augsburg 200. Baumschulenweg 16. Berlin III 100. Berlin VI 70. Berlin VII 150. Berlin IX 200. Berlin X 60. Berlin XI 60. Berlin XII 50. Berlin XIII 50. Bielefeld 50. Bochum 59,75. Brandenburg 45. Braunschweig 7,90. Bremen 100. Buchholz 10. Biberach 11,30. Bulach-Beiertheim 11. Bunzlau 10. Charlottenburg 120. Cöln-Süd 12. Cöln-Deutz I 6. Cöln-Deutz II 4,50. Cöln-Ehrenfeld 50. Cöln-Kalk 15,70. Cöln-Sülz 10. Cöpenick 21,30. [illegible] 10. Dresden-Cotta 50. Dresden-[illegible] 49,90. Dresden-Pieschen 50. [illegible] 10. Düren i. Rhld. 50. Düsseldorf-Derendorf 300. Düsseldorf-Flingern 250. Düsseldorf-Heerdt 37. Düsseldorf-[illegible] 15,65. Duisburg-Meiderich II 100. Duisburg-Ruhrort 50. Eberswalde 50. Eislingen 13,90. Elberfeld 20. Elberfeld-Sonnborn 20. Elbing 25. Eschweiler II 40. Essen III 50. Flensburg 10. Frankfurt a. M. 25. Frankfurt-Bornheim 10. Friedrichshagen 13. Friedrichsort 139,40. Gelsenkirchen-Schalke 15,40. Gmünd, Schwäbisch 20. Gotha 20. Göppingen 36. Gräfenhausen 10. Großkönigsdorf 10. Groß-Ottersleben 20. Großenbaum 26,20. [illegible] 28,50. Gummersbach 25. Hagen-Altenhagen 20. Hagen-Wehringhausen 40. Hagsfeld 20. Hamburg innere Stadt 30. Hamburg-Barmbek 25,70. Harburg 18. Haspe I 100. Haspe II 10. Hattingen 34,40. Herne 8,20. Herdecke 20. Hiesfeld 10. Immigrath 30. Kaiserslautern 100. Kessenich 20. Kiel-Ellerbek 60. Königshardt 4,60. Kostheim 23. Kulmbach 3,20. Langendreer 80. Leipzig 50. Leipzig-Leutzsch 10. Leipzig-Ost 50. Leipzig-Schönefeld 20. Leipzig-Stötteritz 20. Letmathe 10. Lichtenberg I 50. Lichtenberg II 100. Liegnitz 17,50. Linden 100. Magdeburg-Fermersleben 10. Magdeburg-Neue Neustadt 25. Magdeburg-Sudenburg 14,70. Magdeburg-Westerhüsen 11. Mahlsdorf 2,30. Mannheim-Käferthal 14,60. Mannheim-Schwetzinger Vorstadt 40. Merscheid 20. Morlautern 23. Mülheim a. d. Ruhr 60. München 200. München-Gladbach 30. Neukölln 200. Neusalz 32. Neuß 80. Neuwied 20. Niederschöneweide 60. [illegible] 10. Offenburg i. B. 7. Oggersheim 50. [illegible] 11. Pankow 120. Petersberg 10. Pforzheim 50. Rastatt 12. [illegible] 10. Reinickendorf-Ost 50. Reinickendorf-West 20. Rheydt 31,50. [illegible] 10. [illegible] 50. Saarbrücken I 50. Saarbrücken III 5. Schöneberg 100. Siegen I 17,60. Solingen I 100. Solingen IV 60. Spandau 110. Steglitz 18,50. [illegible] 40. Tegel 100. Tempelhof 50. Thale 40. [illegible] 10. Uerdingen 30. Waldmannslust 40. Wald i. Rhld. 20. [illegible] 10. Weilbach 10. Weingarten i. B. 7. [illegible] 19,40. [illegible] 120. Witten 76,80. Wollendorf 10. Zweibrücken 20. Durch den Vorstand gingen folgende Beträge ein: Winkler, Spremberg 1. Neustadt a. d. Haardt 21. Göttingen 5. Torgau 4,75. Bernau 0,20. Sonstiges 0,20. Zusammen 6686,35 M.

Ausgaben:

An die ausgesteuerten Mitglieder: Fr. Herrmann, Hamm i. W. 50 M. Wilh. Gutsche, Kotzenau 40. Karl Hannig, Braunschweig 35. Fr. Lachmann, Braunschweig 50. Fr. Schilling, Berlin V 50. Karl Schwenk, Ulm a. d. Donau 50. L. Kirsten, Dresden-Cotta 50. J. Vorhagen, Gummersbach 50. Karl Eggert, Kiel-Gaarden 50. Ad. Gewinner, Mannheim-Schwetzinger Vorstadt 60. An die Hinterbliebenen von 139 im Felde gefallenen Mitgliedern 7205. Straf- und Nachporto 1,20. Porto und Bestellgeld 32,85. Verwaltungskosten 34,75. Fahrgeld an die Revisoren 0,40. Zusammen 7759,20 M.

Abschluß:

Ausgaben	7759,20 M
Einnahmen	6686,35 „
Mehrausgaben	1072,85 M
Kassenbestand am 1. Juli 1916	7545,73 „
„ „ 31. August 1916	6472,88 „

Berlin, 16. September 1916. **Paul Deutschmann.**

Geprüft und für richtig befunden.

Die Revisoren: W. Graeber. Paul Rau.

Eingegangene Schriften

Der in seinem einundvierzigsten Jahrgange vorliegende **Neue Welt-Kalender für das Jahr 1917** (**Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg**) enthält unter anderm: Kalendarium — Postalisches — Beachtenswerte Adressen — Statistisches — Rückblick — Messen und Märkte — Im Kreislauf des Jahres — Unsere Toten (mit Porträts) — Das Amulett, Gedicht von Karl Petersson — Zwei Hände, von Jürgen Brand — Feld- und Kriegszeitungen, von F. Kliche (mit Illustration) — Frau Herzeleid, Gedicht zu dem Bilde „Herzelonde", Radierung von Arthur Stein — Der Invalide, Erzählung von Karl Busse (mit Illustrationen) — Die Schlachten werden fern von hier geschlagen, Gedicht von Leo Heller — Die Kunst des Islam, von Dr. Ad. Behne (mit Illustrationen) — Begegnung, Gedicht von Max Barthel — Die Sichtbarkeit von Tauchbooten und Minenfeldern im Meere vom Flugzeug und Ballon aus, von F. Braunmühl (mit Illustrationen) — Laichschonrevier Nr. 8, Erzählung von A. Ger (mit Illustrationen) — Stilles Dorf, Gedicht von Ernst Preczang — Die Balkanvölker, von Heinrich Cunow (mit Illustrationen) — Die Entstehung unserer Arbeiterversicherung, von Friedrich Kleeis — Der Fremde, Gedicht von S. Dembitzer (Uebertragen ins Deutsche von Berta Lask) — Das Telegramm, Skizze von Edward Stilgebauer (mit Illustrationen) — Zum Nachdenken — Kleine kriegszeitgemäße Winke aus der Praxis des Alltags (mit Illustrationen) — Auf den verlassenen Straßen, Gedicht von Rob. Walter — Fliegende Blätter — Für unsere Rätsellöser — Hierzu drei Bilder: Heumäher — Ueberschwemmung — Beim Wein — Außerdem ein Kunstblatt: „Herzelonde" und ein Wandkalender. — Infolge der bedeutend gestiegenen Preise für Papier und die sonstigen Rohstoffe mußte der Preis des Kalenders von 40 ₰ auf 50 ₰ erhöht werden.

Die Massenspeisung in Wort und Bild. Ein Beitrag zur Entwicklung der Frankfurter Kriegsküchen von **Theodor Thomas. Herausgegeben von der Zentralküchenkommission Frankfurt-M.**, Bethmannstraße Nr. 50. 35 Seiten. Preis 1 M. Der Reinertrag wird zugunsten der Kinderspeisung verwandt. — Wenn wir durchhalten sollen, so wird dies für einen großen Teil der Bewohner der deutschen Großstädte nur mit Hilfe der Massenspeisung möglich sein. In vielen Großstädten, zum Beispiel Frankfurt, Köln, Berlin, Hamburg usw. gehen schon viele Tausende in die Kriegsküchen oder holen von dort die einzige warme Mahlzeit, die sie sich am Tage leisten können. Auch benutzen schon viele die Kriegsküchen, obwohl ihr Einkommen zur Not noch reichen würde, sich ein warmes Mittagessen selber zu beschaffen. Auch solche Leute müßten in noch viel höherem Maße aus der Kriegsküche essen, denn nur diese bieten jetzt die Möglichkeit, daß die vorhandenen beschränkten Mengen von Fleisch, Fett usw. vollkommen ausgenutzt werden. Um so mehr muß man sich wundern, daß es noch Großstädte gibt, deren Verwaltungen wenig oder gar nichts tun, um die Massenspeisung einzuführen. Solche säumigen Stadtverwaltungen müßten in geeigneter Weise an diese Pflicht erinnert werden. Ein treffliches Mittel dazu ist die vorliegende Schrift des Frankfurter Genossen Thomas. Dieser ist der Leiter der dortigen Kriegsküchen und hat reiche Erfahrungen auf dem Gebiete. Thomas meint zwar, die zwangsmäßige Einführung der Massenspeisung für alle Städte über 5000 Einwohner, wie auch Calwer sie fordert, sei vorläufig „ein schöner theoretischer Traum, so leid es einem tun kann". Er setzt die Schwierigkeiten auseinander, die sich dem entgegenstellen. Immerhin dringt er auf möglichst große Durchführung der Massenspeisung. Eine Streckung der Vorräte wird die Massenspeisung nach des Verfassers Meinung nicht zur Folge haben, solange die Anrechnung auf die Lebensmittelkarte überhaupt nicht oder nur in geringem Maße stattfindet. Trotzdem sollte man aber nach seiner Meinung nicht engherzig dabei verfahren, denn die Gäste der Kriegsküchen seien in der Regel Leute, denen ein solcher Zuschuß wohl zu gönnen sei. Einen solchen Zuschuß leisteten sich auch die „besseren Kreise" in Form von nicht gesperrten Waren. In der Hauptsache komme es darauf an, ob die Kriegsküche eine bessere Ausnutzung der Lebensmittel ermöglicht und diese Frage bejaht Thomas entschieden. Er schildert sodann die Entwicklung der Massenspeisung in Frankfurt und Umgegend, ferner die Kinderspeisung. Zahlreiche Abbildungen erhöhen die Anschaulichkeit der Schilderung. Wir wünschen dem Büchlein eine weite Verbreitung.

Ratgeber für Angehörige von Kriegsteilnehmern. Herausgegeben von Stadtsekretär Volmer in Höhscheid. 16 Seiten. Preis 15 ₰. — Der Inhalt besteht aus folgenden Abschnitten: I. Was haben die Angehörigen eines Einberufenen in erster Linie zu tun? II. Was steht den Angehörigen Einberufener zu? III. Was steht den Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern zu? IV. Kriegsgefangenschaft, vermißte oder verschollene Kriegsteilnehmer. V. Kriegssterbefälle. Anhang: Muster zu Anträgen und Schreiben. Eine treffliche kleine Schrift. Auch für die übrigen Teile Deutschlands sollte man solche einfache und klare Belehrungsschriften haben.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Dienstag, 10. Oktober:

Wittenberge. Stiehm, halb 9 Uhr.

Samstag, 14. Oktober:

Wernigerode. Volksgarten, 8 Uhr.

Samstag, 21. Oktober:

Bunzlau. Deutsches Haus, halb 9.
Schmölln, S.-A. Gold. Adler, halb 9.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

Stuttgart u. Umgeg. Samstag, 28. Oktober, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus **Quartalsgeneralversammlung.** Geschäfts- und Kassenbericht vom letzten Quartal. Weihnachtsbescheerung der Kinder der Ausmarschierten. Wahl der Mitglieder zur Bezirkskommission. Anträge. Anträge, die zur Beratung kommen sollen, müssen spätestens bis Samstag, 14. Oktober, schriftlich bei der Ortsverwaltung eingereicht sein.

Gestorben.

Leipzig. Richard Ließmann, Metallarbeiter, 33 Jahre, Schlaganfall.
— Erich Baake, Schlosser, 18 Jahre, freiwilliger Tod.
— Christoph Westendorf, Klempner, 52 Jahre, Schwindsucht.
— Karl Thust, Gießereiarbeiter, 59 Jahre, Lungenkrank.
Magdeburg. Heinrich Raabe, Arbeiter, 63 Jahre, Schlaganfall.
— Louis Köhding, Klempner, 66 J., Lungenasthma.
— Emil Krätzel, Hobler, 67 Jahre, Magenleiden (882).
Torgelow. Wilhelm Kruz, 43 Jahre, Gehirnentzündung.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag. Stuttgart, Rötestraße 16 B.